

## Wirtschaft

## NACHRICHTEN

## Euroland: Fast 20 Millionen Menschen ohne Job

In den Euroländern hat die Arbeitslosigkeit neue Rekordhöhen erreicht. 12,2 Prozent der Menschen waren im April in den 17 Staaten mit der Gemeinschaftswährung ohne Job. Das waren 19,38 Millionen Männer und Frauen ohne Beschäftigung. Nach Berechnungen der europäischen Statistikbehörde Eurostat vom Freitag belief sich der Anstieg gegenüber März auf 95 000 Menschen oder 0,1 Prozentpunkte. Allein seit dem Frühjahr 2008 stieg die Arbeitslosenquote um fast fünf Prozentpunkte. (dpa)

## Konzerne halten an Quartalsberichten fest

Obwohl Quartalsberichte nach dem Willen der EU ab 2015 keine Pflicht mehr sein sollen, werden die großen börsennotierten Konzerne nach Informationen der Berliner Zeitung daran festhalten, ihre Geschäftszahlen alle drei Monate zu veröffentlichen. Dies ist nämlich Voraussetzung dafür, dass sie in einen Index wie den Dax aufgenommen werden. Nach Einschätzung des Experten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, Ingo Rahe, geht es der EU mit der Reform um kleinere börsennotierte Unternehmen, für die eine Quartalsberichterstattung sehr aufwendig ist. (stw.)

## Starker Unternehmergeist in Berlin und Hamburg

Unternehmergeist ist in Deutschland regional sehr unterschiedlich verteilt. Während Berlin und Hamburg die Rangliste der Bundesländer laut einer Studie zur Verteilung unternehmerischer Persönlichkeiten anführen, bilden Brandenburg und Sachsen die Schlusslichter. Andere norddeutsche Länder wie Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern belegen ebenso vordere Plätze. „Dort scheint nach wie vor der hanseatische Geist stark ausgeprägt zu sein“, sagte der Psychologe Martin Obschonka von der Universität Jena. „Bestimmte Eigenschaften wie Gewissenhaftigkeit, Offenheit für neue Erfahrungen und Extrovertiertheit sind wichtig für eine unternehmerische Persönlichkeit.“ (dpa)

## Monsanto gibt Kampf für Gentechnik in Europa auf



Gen-Mais findet in Deutschland keine Akzeptanz.

Der US-Saatguthersteller Monsanto gibt den Kampf für die Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen in der EU auf. „Wir machen keine Lobbyarbeit mehr für den Anbau in Europa“, sagte der Sprecher von Monsanto Europa, Brandon Mitcheiner, der Zeitung Taz. „Derzeit planen wir auch nicht, die Zulassung neuer gentechnisch veränderter Pflanzen zu beantragen.“ Monsanto habe verstanden, „dass das im Moment nicht die breite Akzeptanz hat“, ergänzte Deutschland-Sprecherin Ursula Lüttmer-Ouazane. Gegen den Anbau von Gentechnik-Pflanzen gibt es hierzulande eine breite Protestbewegung. 2009 verbot die Bundesregierung den Anbau von Monsanto gentechnisch veränderten Mais. (dpa)

## Bill Gates investiert in Berliner Forscher-Netzwerk

Microsoft-Mitgründer Bill Gates ist laut einem Bericht beim Berliner Start-up ResearchGate, einem Online-Netzwerk für Wissenschaftler, eingestiegen. Gates sei einer der sechs Investoren in einer jüngsten Finanzierungsrunde über 20 Millionen Dollar gewesen, berichtete das Wall Street Journal Deutschland. ResearchGate äußerte sich nicht zu dem Bericht. Gates kümmert sich seit seinem Ausscheiden bei Microsoft um wohlthätige Initiativen und Forschungsprojekte. (Reuters)



## „Die Preisgabe von Mythen ist schmerzhaft“

Der Schweizer Ökonom Rudolf Strahm über das Bankgeheimnis der Eidgenossen, die Macht der Geldhäuser, Mafiosi und die verkannte Bedeutung seines Landes als Industrienation

Die Europäische Union hat den Steuerparadiesen den Krieg erklärt. Schlupflöcher für Steuererlässe sollen geschlossen werden. Europa stöhnt unter der Finanzkrise. Wenn die Haushaltskonsolidierung gesellschaftlich akzeptiert werden soll, darf nicht weiter toleriert werden, dass die Reichen ihre Gelder verstecken, während die anderen zur Kasse gebeten werden. Dies ist der Tenor der Schlusserklärung des jüngsten Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der EU. Auch Österreich und Luxemburg sind nun bereit, den automatischen Informationsaustausch über steuerrelevante Daten zu akzeptieren. Im Prinzip. Erst wollen sie aber die Resultate der Verhandlungen der EU mit fünf kleineren Staaten abwarten: mit Liechtenstein, Andorra, San Marino, Monaco und vor allem der Schweiz. Denn in der Eidgenossenschaft liegt über ein Viertel der weltweit im Ausland gebunkerten Privatvermögen. Der Schweizer Ökonom und Politiker Rudolf Strahm kritisiert seit Jahren die Macht der Banken seines Landes.

Herr Strahm, die Schweiz will über den automatischen Informationsaustausch erst verhandeln, wenn dieser im Rahmen der OECD Standard wird. Kann sie dem Druck noch lange standhalten?

Es fällt der Elite in der Schweiz schwer zu akzeptieren, dass das Bankgeheimnis in Steuerfragen nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Das Bankgeheimnis war jahrzehntelang ein Mythos, der von der bürgerlichen Elite gepflegt wurde. Und die Preisgabe von Mythen ist immer mit Schmerzen verbunden. Die wirtschaftliche Bedeutung des Bankgeheimnisses aber wurde stets überschätzt. Die Banken zusammen trugen nie mehr als neun Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Heute sind es noch sechs Prozent.

Aber eigentlich ist das Bankgeheimnis längst durchlöchert ...

Eine erste Lockerung des Bankgeheimnisses gab es schon 1972, als man den USA im Fall von organisierter Kriminalität Rechtshilfe und Aufhebung des Bankgeheimnisses gewährleisten musste. Die USA drohten damals mit Importsanktionen gegen Schweizer Uhren und Käse. Die Schweizer Regierung hatte nie die Kraft, in Bezug auf Steuerflucht und Finanzplatz das Haus von sich aus in Ordnung zu bringen. Nun übt nach den USA auch die EU Druck auf die Schweiz aus. Und wieder werden alle möglichen Argumente für das Bankgeheimnis und gegen den angeblichen Egoismus der ausländischen Regierungen ins Feld geführt. Jetzt heißt es: „Wir sind ein souveräner Staat, wir werden uns doch nicht von ausländischen Regierungen diktieren lassen, was wir zu machen haben.“ Die bürgerliche Elite tut sich schwer damit zu akzeptieren, dass die Globalisierung auch in der Schweiz globale Spielregeln erzwingt.

Aber Sie gehen davon aus, dass die Schweiz einknickt?

Die Schweiz wird nachgeben müssen. Die USA setzten 2009 gegenüber der größten Schweizer Bank, der UBS, die Aufgabe des Bankgeheimnisses durch. Sie nahmen die Großbank mit Klagedrohungen in den Würgegriff, dann pilgerte diese nach Bern und erzwang bei der Regierung die Aufhebung des Bankgeheimnisses in ihrem Fall. Die UBS bat darum, Mitarbeiterdaten ausliefern zu dürfen. 2011 gab die Credit Suisse, zweitgrößte Bank des Landes, den USA nach. Und demnächst wird das Schweizer Parlament dem Fatca-Abkommen zustimmen müssen, das das Bankgeheimnis gegenüber der US-Steuerbehörde faktisch aufhebt.

Und nun stößt die EU nach ...

Deutschland und die EU-Staaten haben – im Vergleich zu den USA – auf zivilisierte Art versucht, über Verhandlungen von Regierung zu Regierung etwas zu erwirken und sind jahrelang gescheitert. Die Amerikaner hingegen haben mit dem Druck auf eine einzige Bank das erreicht, was sie wollten. Was nun den inhereuropäischen Informationsaustausch betrifft, glaube ich, dass die Banken nun umdenken. Sie wissen, dass sie mit der Mifid-II-Richtlinie, die den Zugang zum EU-Finanzmarkt regelt, diskriminiert werden, wenn sie in Sachen Steuerdatenaustausch nicht kooperieren.

Gilt dies auch für die Privatbanken?

Vor einigen Wochen kam es zu einem eklatanten Kurswechsel der Privatbankenvereinigung. Vor allem die Privatbanken haben ja ausländische Steuerfluchtgelder akquiriert. Jetzt drängen auch sie auf einen automatischen Datenaustausch, weil sie Angst haben, den Zugang zu den europäischen Finanzmärkten zu verlieren. Bloß die Politik ist noch nicht so weit. Die bürgerlichen Politiker sind noch immer gegen einen automatischen Datenaustausch, während die Sozialdemokraten und die Grünen schon lange für die Kooperation sind.

Die Verteidiger des Bankgeheimnisses reden gern von der gesunden Konkurrenz der Steuersysteme. Bei den hohen Steuersätzen in Deutschland, so das Argument, sei es kein Wunder, dass das Kapital in die Schweiz flieht. Die Konkurrenz gehöre nun mal zu einer freihetlichen Marktwirtschaft.

Es gibt in konservativen Kreisen einen Katechismus von Rechtfertigungen des Bankgeheimnisses. Die erste Rechtfertigung: Die Ausländer wollen nur an das Geld ran, das bei uns liegt. Die zweite: Wir sind ein souveräner Staat und lassen uns von einer deutschen Kavallerie nicht

einschüchtern. Die dritte: Der Wettbewerb der Steuersysteme sind an sich etwas Gutes. So wie es einen Wettbewerb zwischen den Warenmärkten gibt, soll es auch einen Wettbewerb zwischen den Standorten der Steuererhebung geben. Mit dem Argument des Wettbewerbs der Steuersysteme lehnen konservative Kreise die Forderungen des Auslandes gegenüber der Schweiz ab.

Wettbewerb gehört nun mal zur Marktwirtschaft ...

Aber von einem marktwirtschaftlichen Standpunkt aus, kann sicher nicht akzeptiert werden, dass ausländische Konzerne den Sitz ihrer Holding in der Schweiz haben und nur den in der Schweiz getätigten Gewinn versteuern müssen, die im Ausland erwirtschafteten Gewinne hingegen nicht. Das ist eine Wettbewerbsverzerrung. Und wenn Personen im Ausland ihr Einkommen erwirtschaften und es in der Schweiz verstecken, wird ebenso der ausländische Staat geprellt. Vom marktwirtschaftlichen Standpunkt aus können Steuerparasiten nicht toleriert werden. Und auch vom moralischen Standpunkt aus sind die Forderungen an die Schweiz gerechtfertigt.

Der Mythos Bankgeheimnis lebt ja davon, dass man davon ausgeht, dass die Interessen der Banken auch die Interessen der Schweiz sind.

Ja, das ist auch ein Teil dieser Rechtfertigungsstrategie: „Was gut für die UBS ist, ist gut für die Schweiz.“ Wie es früher in den USA hieß: „Was gut für General Motors ist, ist gut für Amerika.“ Gewiss: Die Banken sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, aber sie machen nicht den Reichtum der Schweiz aus. Zudem: Etwa 60 Prozent der in der Schweiz verwalteten Auslandsgelder sind gar nicht private Vermögen, sondern stammen von institutionellen Anlegern: Pensionskassen, Vorsorgekassen, Versicherungsgesellschaften, Banken, unter ihnen auch ausländische Notenbanken. Sie alle legen ihr Geld in einer stabilen Währung an, im Schweizer Franken. Und sie brauchen – anders als Steuerflüchtlinge, Mafiosi, Drogen-, Waffen- und Menschenhändler – das Bankgeheimnis nicht. Sie können ja das Geld nicht verstecken. Es wäre Bilanzbetrug. Der Finanzplatz Schweiz wird also auch nach der Einführung eines automatischen Datenaustauschs und der Aufhebung des Bankgeheimnisses weiterhin sehr gut operieren können.

Sie meinen also, die Banken verlieren gar nicht so viel, wenn das Bankgeheimnis aufgehoben wird?

Die beiden großen Banken der Schweiz, die UBS und die Credit

Suisse, haben in aller Stille ihr Geschäftsmodell bereits geändert. Sie wehren heute amerikanische und deutsche Privatkunden ab, weil es ihnen zu riskant ist. Sie haben ihr Geschäftsmodell weitgehend auf institutionelle Anlagen umgestellt. Von den 330 Banken in der Schweiz waren nur etwa 30 bis 40 aktiv an der Heranziehung ausländischer Steuerfluchtkunden beteiligt: UBS und Credit Suisse, 13 Privatbanken und dann ein oder zwei Dutzend Auslandsbanken, die in der Schweiz eine Niederlassung haben, um das Bankgeheimnis auszunutzen – etwa die HSBC, eine der weltgrößten Banken, die in Genf eine Filiale hat.

Noch im 19. Jahrhundert war die Schweiz ja eines der ärmsten Länder Europas. Ist sie nicht gerade wegen des Bankgeheimnisses reich geworden?

Das ist auch so ein Mythos. Banken plus Matherhorn und ein bisschen Toblerone. Das war das Image der Schweiz, das ja gerne gepflegt wurde. Aber wir sind nicht nur ein Land der Banken. Wir haben noch immer eine sehr starke Industrie. Pro Kopf der Bevölkerung ist die Wertschöpfung der Industrie in der Schweiz größer als in Deutschland.

Welchen Einfluss haben denn in der Schweiz die Banken auf die Politik, und wie wird er ausgeübt?

Über Lobby und über direkte Parteienfinanzierung. Letztere ist bei uns überhaupt nicht transparent und völlig legal. Die Schweiz ist in Europa das einzige Land, in dem die Parteien die Herkunft ihrer Gelder nicht offenlegen müssen. Man muss davon ausgehen, dass Banken Parteien finanzieren. Ich war 13 Jahre im Parlament und habe immer wieder Indizien für Großspenden von Pharmakonzernen oder Banken an Parteien gefunden. Vorab: die Schweiz ist eine gute Demokratie, das Volk hat mehr Rechte als in den meisten europäischen Staaten. Aber wenn es um Banken geht, sind wir eben doch ein Stück weit Oligarchie, eine Herrschaft der Wenigen. In der Regierungspolitik geschieht nichts gegen den Willen der Banken. Wenn wir jetzt das Bankgeheimnis in Steuerfragen aufheben, dann nur auf Druck des Auslands und weil die Banken zur Regierung pilgern, um eine Aufhebung oder Lockerung des Bankgeheimnisses zu verlangen.

Also ist der Druck vom Ausland ja durchaus hilfreich ...

Viele deutschen Politiker meinen, sie könnten die Schweizer Regierung zu einem bestimmten Verhalten prügeln. Selbst wenn unsere Finanzministerin Konzessionen machen möchte, kann sie es nicht gegen die großen Bankhäuser tun, weil die Bankenszene im Parlament einen dominierenden Einfluss ausübt. Bei uns gibt es eben nicht nur Volk und Regierung, sondern Volk, Banken und Regierung.

Das Gespräch führte Thomas Schmid.

## Auf den Geschmack gekommen

Nestlé baut in Schwerin großes Kaffee kapsel-Werk

VON MATTHIAS LOKE

George Clooney war nicht da. Dafür vertrat den Hollywoodstar und Nestlé-Werbemann höchste politische Prominenz: Bundeskanzlerin Angela Merkel ließ es sich nicht nehmen, vier Monate vor der Bundestagswahl an der symbolischen Grundsteinlegung für die größte Kaffee kapsel-Fabrik des Nahrungsmittelkonzerns in Europa teilzunehmen. Im Mai 2014 soll die Produktion am Stadtrand von Mecklenburg-Vorpommerns Hauptstadt Schwerin starten – jährliche Kapazität bis zu zwei Milliarden Kapseln der Marke Dolce Gusto. 220 Millionen Euro investiert Nestlé, letztlich finden im neuen Werk 450 Menschen Arbeit.

Entsprechend gefeiert wurde das Ereignis im Land, das von der Werftkrise schwer betroffen war – allein hier sank die Zahl der Beschäftigten von einst 29 000 auf 3 000. Heute dominieren im Nordosten die Agrarwirtschaft und die Ernährungsindustrie. Die Kapsel Fabrik sei „ein gutes Zeichen und vor allem auch ein klares Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern“, sagte Wirtschaftsminister Harry Glawe (CDU). Als besonders wichtig bezeichnete er die entstehenden „Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt“. Denn aktuell liegt die Arbeitslosenquote im Land bei 11,4 Prozent – und damit ist man nur wenig besser als das Land Berlin, mit dem man sich um die rote Laterne in der Liste der Bundesländern streitet, was die Höhe der Erwerbslosenquote anbelangt.



Heiße Tasse: Angela Merkel bei der Grundsteinlegung in Schwerin.

Nestlé ist auf den Spuren anderer großer Konzerne im norddeutschen Land: In den vergangenen Jahren haben sich aus der Ernährungsbranche bereits Firmen wie Dr. Oetker Tiefkühlkost in Wittenburg oder Pfanni in Stavenhagen angesiedelt. Auch das war ein Grund für Nestlé, das Werk in dieser Region zu bauen. „Es gibt hier ein hervorragendes Potenzial der Ausbildung und bereits viele Unternehmen der Branche“, sagte der Sprecher von Nestlé Deutschland, Alexander Antonoff. „Deshalb glauben wir auch, hier die 450 Stellen gut besetzen zu können“. Der gewählte Standort profitiere vor allem von seiner geografischen Lage, so von der Nähe zu Hamburg, dem größten Umschlagplatz für Rohkaffee. Zudem sei Deutschland der größte Markt in Europa für die Kapseln mit Nescafé Dolce Gusto. „Unsere Philosophie ist: Wir produzieren dort, wo wir verkaufen“, sagte Antonoff. Mögliche niedrigere Kosten in osteuropäischen Ländern hätten dagegen nicht den Ausschlag gegeben. Immerhin gibt es 22,5 Millionen Euro öffentliche Fördermittel.

„Vertrauensbeweis in Standort“

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), das die Entwicklung in den neuen Ländern seit Jahren analysiert, nannte die Nestlé-Entscheidung einen „Vertrauensbeweis in die Standortqualität des Landes“. Solche Investitionen würden Schwung in die ostdeutsche Wirtschaft bringen, die seit geraumer Zeit der konjunkturellen Entwicklung im Westen hinterherläufe, betonte IWH-Konjunktur- und Standortexperte Oliver Holtemöller. Der Osten habe aber einen generellen Schwachpunkt in seiner Wirtschaft: „Im Westen wird erfunden, im Osten produziert“, sagte Holtemöller. Die innovativen Bereiche seien im Osten unterrepräsentiert, die private Forschung und Entwicklung bleibe quantitativ weit zurück.